

REFORMEN ANGEHEN STATT STILLSTAND VERWALTEN – FÜR EIN SOFORTPROGRAMM ZUKUNFT

Von Katharina Dröge und Britta Haßelmann, 20. Februar 2026

Wir finden: Es geht so nicht weiter.

Dieses Land braucht dringend eine Reform seines Sozialstaats. Bei Rente, Gesundheit und Pflege kann es nicht so weiterlaufen wie bisher. Die Sozialsysteme müssen gerechter, effizienter und digitaler werden. Altersarmut ist ein Problem, das gelöst werden muss. Aber ebenso die Frage, wie eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung der Rente in Zeiten demografischen Wandels funktioniert. Das deutsche Gesundheitssystem ist ineffizient und zu teuer, die Sozialversicherungsbeiträge sind zu hoch – und gleichzeitig wird die Versorgung der Patientinnen und Patienten dadurch nicht besser. Der Fachkräftemangel ist eine gigantische Herausforderung für unser Sozialsystem, unsere Wirtschaft und das Handwerk. Und ein Pflegeplatz ist mittlerweile so teuer, dass ihn sich Menschen mit normalen Einkommen kaum leisten können.

Viele Menschen wünschen sich, dass Reformen endlich angegangen werden. Die Menschen wissen, dass es so nicht weitergehen kann.

Doch Union und SPD kommen nicht voran. Der „Herbst der Reformen“ wurde zum Winter der Enttäuschung. Die Koalition überbietet sich jeden Tag mit diametral auseinandergehenden Forderungen oder verzettelt sich in kleinteiligem Hin und Her. Statt einer großen Reform der Alterssicherung gab es nach monatelangem öffentlichem Streit am Ende nur einen Minimalkonsens. Statt die Finanzierung unseres Gesundheitssystems im Kern anzugehen und die steigenden Krankenkassenbeiträge in den Griff zu bekommen, vertagt die Gesundheitsministerin jede relevante Reform. Und der Wirtschaftsrat der CDU verunsichert das Land mit Vorschlägen wie der Streichung der Kostenübernahme von Zahnarztbehandlungen.

Merz muss Herausforderungen angehen, statt Menschen zu beschimpfen

Statt die Herausforderungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt konzentriert anzugehen, werden Beschäftigte als Lifestyle-Teilzeitler beschimpft.



Aber den vielen in Teilzeit beschäftigten Frauen zeigt niemand eine Perspektive auf, wie sie Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Friedrich Merz wird sich auf dem Parteitag der CDU zum ersten Mal in seiner Amtszeit als Kanzler seiner Partei zur Wiederwahl als Vorsitzender stellen. Der Kanzler wird dort nicht nur seiner Partei, sondern dem ganzen Land erklären müssen, ob die von ihm geführte Regierung in der Lage ist, all diese Probleme zu lösen. Oder ob CDU und SPD sich gegenseitig im Streit zerreißen und alle relevanten großen Fragen weiter in Kommissionen vertagen.

Wir Grüne erkennen an: Es ist keine einfache Zeit für Reformen. Regieren ist schwieriger geworden. Wir haben es in der Ampel-Regierung selbst erlebt. Krisen reihen sich in kürzer werdenden Abständen aneinander. Auf die globale Corona-Pandemie folgte der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Anfang November 2024, am Tag des Ampel-Bruchs, wurde Donald Trump zum zweiten Mal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Seitdem macht er sich mit noch größerer Radikalität und Brutalität daran, die internationale Ordnung zu verschieben und zu zerstören und im Inneren der USA die Demokratie zu beschneiden. Das alles, während das Gift des Populismus, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung auch bei uns die Parlamente und die Gesellschaft durchsetzt.

Bei allem Respekt für die Lebensleistung von Angela Merkel: Es gehört zu den größten Versäumnissen der ehemaligen Kanzlerin, dass sie ihre 16-jährige Regierungszeit nicht genutzt hat, um das Land wirklich zu modernisieren. Es war ein Fehler, dass unter ihrer Führung eine Reihe von Großen Koalitionen nur den Stillstand verwaltet haben. Das Versäumnis wiegt deshalb heute so schwer, weil die Kanzlerin a.D. die Chance hatte, in Zeiten stabilen deutschen Wirtschaftswachstums und – verglichen mit heute – relativ stabiler internationaler Beziehungen wirklich große Reformen voranzubringen. Das ist allerdings nicht geschehen, weder im Bereich der nationalen Sicherheit noch bei der Modernisierung der Infrastruktur, noch beim Klimaschutz, und auch nicht bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Die Versäumnisse der Vergangenheit sind nun eine zusätzliche Herausforderung für aktuelle Regierungen. Gleichzeitig gilt: Die aktuelle Regierung ist gewählt, um jetzt zu handeln. Friedrich Merz kann sich nicht auf den Fehlern der Vergangenheit ausruhen. Und: Die Art und Weise, wie der aktuelle Kanzler Reformen ankündigt, die er nicht erfüllen kann, wie er das Land in Ablenkungsdebatten verwickelt, statt mit Ruhe und innerem Kompass zu erklären, was notwendig ist, zermürbt die Gesellschaft. Auch die Art und Weise, wie CDU und SPD sich aneinander abarbeiten,



verärgert viele Bürgerinnen und Bürger und erzeugt einen Vertrauensverlust in Politik, von dem am Ende nur Populisten profitieren.

Wir kennen diese Dynamiken. Wir selbst waren Teil einer Regierung, die an ihren eigenen Binnendynamiken, Misstrauen, Streit und Uneinigkeit zerbrach. Und blicken selbstkritisch auf diese Zeit zurück.

Deutschland braucht ein gemeinsames Sofortprogramm Zukunft

Deswegen kommen wir zu dem Schluss: Vielleicht braucht es gerade jetzt, gerade in Zeiten von Krisen und Unsicherheit eine breitere Verständigung über große Reformen. Demokratische Parteien unterscheiden sich, sie haben unterschiedliche Vorstellungen, Konzepte und Ideen, für die sie werben. Das ist gut und richtig. Das braucht unsere Demokratie. Auch Regierung und Opposition haben unterschiedliche Aufgaben. Wir kontrollieren diese Regierung – und kritisieren, da, wo nötig.

Dennoch sollten wir in dieser Situation, wo Reformen des Sozialstaats so dringend nötig sind, einmal ausloten, ob es jenseits dieser grundlegend unterschiedlichen Positionierungen das Interesse und die Kraft für ein gemeinsames Reformprogramm geben kann. Eine Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und unseres Landes. Ein Sofortprogramm Zukunft.

Das wäre ein Programm, das breit diskutiert und breit getragen wird. Ein Programm, das damit auch Sicherheit bietet. Eine Sicherheit, die sich viele Menschen wünschen: Nämlich dass es nicht bei der nächsten Wahl gleich wieder über den Haufen geworfen wird, nur weil sich die Parteienkonstellationen verändern. Verlässlichkeit und Kontinuität, die Sicherheit, dass es gerecht zugeht, sind gerade in unruhigen Zeiten wichtig für die Bürgerinnen und Bürger. Sie dürfen nur nicht in Stillstand enden. Solidarität, Zusammenhalt und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben für alle werden gebraucht.

Modernisierung und Digitalisierung

Um eine grundlegende Reform des Sozialstaates möglich zu machen, ist eine Änderung des Grundgesetzes notwendig. Wir sind bereit, darüber ernsthaft zu sprechen.

Für ein Sofortprogramm Zukunft verlassen wir den klassischen Korridor der parlamentarischen Opposition. Gleichzeitig bleibt es unsere Aufgabe, diese Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und bessere Alternativen aufzuzeigen.





Dafür bieten Union und SPD jeden Anlass. Wir sind überzeugt: Friedrich Merz ist der falsche Kanzler für die Herausforderungen unseres Landes. Und eine Koalition aus CDU und SPD wird nicht die Kraft finden, die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes zu treffen. Das zeigen sie jeden Tag. Deshalb werben wir dafür, dass diese Regierung 2029 abgewählt wird und eine bessere Koalition Verantwortung für die Zukunft des Landes übernimmt.

Aber bis dahin sehen wir unsere Aufgabe darin, trotzdem daran zu arbeiten, dass vernünftige Reformen vorankommen. Auch aus der Opposition heraus. Denn dieses Land kann sich drei weitere Jahre Streit und Stillstand nicht erlauben.

Eine Modernisierung des Sozialstaats beginnt mit dem Abbau unnötiger Bürokratie. Doppelte und dreifache Behördengänge sind für die Menschen ein absolutes Ärgernis. Unübersichtliche Strukturen erzeugen nicht nur Kosten, sie sind auch dafür verantwortlich, dass Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, nicht erreichen. Wir Grünen haben es in unserer Regierungszeit als Kernanliegen gesehen, besonders Familien deutlich zu entlasten. Deshalb unterstützen wir erste Ergebnisse der Sozialstaatskommission der aktuellen Bundesregierung. Sie greifen Vorschläge auf, die bereits von uns in der letzten Legislaturperiode entwickelt wurden. Zentraler Vorschlag der Kommission ist das „Once-Only-Prinzip“ – Bürgerinnen und Bürger sollen nur einmal ihre Daten den Behörden zur Verfügung stellen müssen. Danach sollen die Daten „laufen“, nicht mehr die Menschen. Das unterstützen wir ausdrücklich.

Perspektivisch schlagen wir Grüne die Einführung einer sogenannten „Deutschland-App“ vor. Unsere Idee: Alle Leistungen des Staates sollten zentral in einer App einfach und niedrigschwellig für Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein. Mit der Umsetzung der Ergebnisse der Sozialstaatskommission könnten erste Schritte gemeinsam gemacht werden. Für die Gespräche über eventuelle Grundgesetzänderungen bieten wir deshalb unsere Zusammenarbeit an.

Fach- und Arbeitskräfte

Für die Wirtschaft und für die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme ist die Bekämpfung des Fachkräftemangels zentral. Der deutsche Arbeitsmarkt braucht laut IAB eine Nettozuwanderung von 400.000 Arbeitskräften pro Jahr zusätzlich. Es fehlen Busfahrer, Pflegekräfte und IT-Spezialistinnen. Deutschland braucht deshalb dringend eine Arbeits- und Fachkräfte-Offensive, damit wir das Land bei Gesundheit, Pflege, Handwerk und Wirtschaft am Laufen halten.



Frauen zu ermöglichen, so viel arbeiten zu können, wie sie wollen, ist ein wichtiger Teil der Lösung – es entspräche etwa 800.000 Vollzeitäquivalenten. Doch der Mangel an verlässlicher Tagesbetreuung für Kinder erzwingt in vielen Familien immer noch eine Entscheidung zwischen Job und Familie. Auch Menschen, die Angehörige pflegen, können oft nicht mehr so viel arbeiten, wie sie wollen. Der Ausbau von Tagespflege-Einrichtungen wäre ein wichtiger Schlüssel, um Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit und im Alter weiterhin ein Leben zu Hause zu ermöglichen, und gleichzeitig pflegende Angehörige zu entlasten, damit diese nicht dem Arbeitsmarkt fehlen.

Und wir müssen dringend dafür sorgen, dass Menschen länger arbeiten können. Nur 40 Prozent der Beschäftigten erreichen aktuell das gesetzliche Renteneintrittsalter. Es ist essentiell, dass wir den älteren Beschäftigten ermöglichen, gesund bis zum Renteneintrittsalter von 67 Jahren zu arbeiten. Dafür brauchen wir gesunde Arbeitsbedingungen, Prävention und Rehabilitation – und ein Überdenken von Frühverrentungsprogrammen.

Ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in unserem Land ist auch die Zuwanderung aus dem Ausland. Wir brauchen das klare Bekenntnis: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und wir müssen unsere Politik konsequent daran ausrichten. Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse ist immer noch viel zu kompliziert. Viele Arbeitskräfte aus dem Ausland verzweifeln an der deutschen Bürokratie. Entbürokratisierung und die Anerkennung von Berufserfahrung müssen endlich Priorität haben. Wir brauchen dafür eine digitale Einwanderungsagentur, die den Einwanderungsprozess modernisiert und beschleunigt.

Natürlich halten wir Grüne weitere Reformen für notwendig, die andere Parteien ganz anders bewerten. Deutschland leistet sich noch immer Fehlanreize wie das Ehegattensplitting, die Frauen an der Erwerbstätigkeit hindern und Altersarmut Vorschub leisten. Die Arbeitsverbote für Geflüchtete schaden der Wirtschaft. Eine restriktive Migrationspolitik macht Deutschland als Einwanderungsland unattraktiv. Die Streichung von Integrationskursen behindert Zugang und Teilhabe am Arbeitsmarkt. Eine Bildungsoffensive, gute Bedingungen für Ausbildung und Studium junger Menschen, ist nötig. Um all diese Punkte werden wir weiterhin politisch ringen.

Doch wir halten es für möglich, kurzfristig Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu identifizieren, die außerhalb unterschiedlicher politischer Ansichten der verschiedenen Parteien gemeinsam möglich sind, im Interesse von





Wirtschaft, Handwerk, Gesundheitsversorgung und der Zukunftsperspektiven junger Menschen.

Finanzierung und Lohnnebenkosten

Zu einer Reform der sozialen Sicherungssysteme gehört darüber hinaus, die Fragen einer nachhaltigen Finanzierung endlich anzugehen. In der Krankenversicherung steigen die Ausgaben und Beiträge immer weiter. Gleichzeitig wird die Qualität nicht besser und die Wartezeiten für Patienten verlängern sich. Facharzttermine sind rar, Pflegekräfte und Ärzt*innen arbeiten am Limit. Der Gesundheitsbereich ist der große Bereich, wo wir endlich zu mehr Effizienz und einer Reduktion der Kosten im System kommen müssen. Im Grunde sind sich alle Parteien einig, dass versicherungsfremde Leistungen nicht länger über Beitragssätze der Beschäftigten finanziert werden dürfen. Hier muss endlich gehandelt werden. Und es braucht die Kraft, Strukturreformen anzugehen, die effektiv Kosten reduzieren, ohne die Versorgung der Patient*innen zu verschlechtern.

Mit der Krankenhausreform sind wir in der letzten Legislaturperiode einen ersten Schritt gegangen. Hier darf die Koalition nun keine Rolle rückwärts machen. Die Reform der Notfallversorgung liegt auf dem Tisch und könnte jetzt endlich angegangen werden. Und es gibt Handlungsbedarf bei den Medikamentenpreisen. Wenige Medikamente führen zu erheblichen Kostensteigerungen im Gesundheitssystem. Und gleichzeitig zu überhöhten Gewinnen bei den Pharmakonzernen. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat in einem eigenen Gutachten eine Vielzahl von guten Maßnahmen vorgeschlagen, um dem entgegenzuwirken. Es wäre notwendig, sich damit zu befassen.

Auch bei der Finanzierung der Rente müssen wir handeln. Wir wollen das Rentenniveau dauerhaft stabilisieren und gleichzeitig eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung erreichen. Wir halten die Bekämpfung des Fachkräftemangels, die Stärkung der Gesundheitsprävention, damit ein Renteneintrittsalter mit 67 Jahren wirklich erreicht wird, die Reform der so genannten „Rente mit 63“ und die Einführung eines Bürgerfonds für kurzfristig machbar und notwendig.

Es muss uns gelingen, Veränderungen hinzukriegen, die Menschen eine auskömmliche Alterssicherung garantieren, Frauen vor Altersarmut schützen und auch der jungen Generation Perspektive und Sicherheit geben. Mit einem Bürgerfonds würde ein Neustart der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge gelingen. Der Bürgerfonds hätte eine zusätzliche kapitalgedeckte Anlageoption: Ein



öffentlich verwaltetes, kostengünstiges, sicheres und rentables Standardprodukt mit automatischer Einbeziehung und Abwahlmöglichkeit – nach schwedischem Vorbild. Statt 1,5 Prozent an jährlichen Kosten, die die Koalition in ihrer jetzigen Riester-Reform erlauben will, wären Kosten von nur etwa 0,1 Prozent möglich.

Und mit der Reform der sogenannten „Rente mit 63“ könnte erreicht werden, dass nur noch diejenigen, die wirklich nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten können, abschlagsfrei in Rente gehen. Für alle anderen würde dieser Anreiz entfallen. Auch die Einbeziehung von Abgeordneten und neuen Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung halten wir Grüne für sinnvoll und machbar.

Natürlich halten wir weitere Reformen für notwendig. Wir werben grundsätzlich für eine Politik, die zu einer gerechteren Verteilung in unserem Land führt. Denn die Ungleichheit wächst. Wir sind gefordert, Gerechtigkeitslücken zu schließen und Steuerflucht und Schwarzarbeit zu bekämpfen. Hohe Vermögen sollten einen fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens, zu dem auch die sozialen Sicherungssysteme gehören, leisten. Aber es gibt neben diesem grundsätzlichen Reformbedarf, den wir Grüne sehen, kurzfristige Maßnahmen, die jetzt angegangen werden könnten.

Um all diese Probleme könnten wir uns kümmern und über all diese Lösungsideen sprechen – und über andere.

Wir sind dazu bereit. Packen wir es an.

